

II-547 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
X.Gesetzgebungsperiode

4.I.1965

194/A.B.

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

zu 185/J

des Bundesministers für Finanzen Dr. S c h m i t z  
auf die Anfrage der Abgeordneten M ü l l e r und Genossen,  
betreffend Handhabung des Anmeldegesetzes vom 14.12.1961 (BGBl.Nr.12/62).

-.--.

Mit Bezug auf die Anfrage der Abgeordneten Müller und Genossen,  
betreffend Handhabung des Anmeldegesetzes vom 14. Dezember 1961  
(BGBl.Nr.12/1962), vom 30.November 1964, Nr.185/J, beehre ich mich mit-  
zuteilen:

Innerhalb der Anmeldefrist langten bei den Finanzlandesdirektionen  
Anträge mit rund 167.500 Schadensfällen ein. Ab Inkrafttreten des Umsiedler-  
und Vertriebenen-Entschädigungsgesetzes bis Ende dieses Jahres werden rund  
70.000 Fälle geregelt sein, ab 1.Jänner 1965 werden daher noch rund  
97.000 Fälle zu bearbeiten sein. Von diesen Fällen sind rund 27.000 Ansuchen  
um Gewährung eines Härteausgleiches von der Bundesentschädigungskommission  
zu regeln. Auf die Finanzlandesdirektionen entfallen rund 70.000 offene  
Fälle. Es wurden alle Vorbereitungen getroffen, dass im Jahre 1965 der Höhe-  
punkt bei der Erledigung erreicht wird. In diesem Jahr sollen rund 40.000  
Fälle abschliessend bearbeitet werden. Die Erreichung des Zieles, nämlich  
in diesem Jahr mehr Fälle als im Durchschnitt der früheren Jahre zu erle-  
digen, erscheint durchführbar. Jedenfalls wird alles getan, um die Entschä-  
digungsaktion, die sich nach der vertraglichen Vereinbarung mit der Bundes-  
republik Deutschland auf fünf Jahre erstrecken soll, rasch durchzuführen.  
Soweit das Gesetz die Möglichkeit für eine zeitlich bevorzugte Bearbeitung  
bietet, wird von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Eine weitere Novellie-  
rung der Reihungsvorschrift halte ich derzeit aus folgenden Gründen nicht  
für zweckmässig:

Eine Änderung der Reihungsvorschrift des § 20 Anmeldegesetz ist erst  
auf Grund der Novelle vom 13.Juni 1962 durch das Bundesgesetz, BGBl.Nr.177/  
1962 erfolgt. Die Anmeldungen des durch diese Novelle begünstigten Personen-  
kreises werden entsprechend zeitlich bevorzugt bearbeitet. Eine neuerliche  
gesetzliche Änderung der Reihungsvorschrift zugunsten anderer als der bereits  
bisher berücksichtigten Fälle könnte das Jahr 1965 die geplante rasche Ab-  
wicklung der Anträge gefährden. Ich habe die zuständige Abteilung des Bundes-  
ministeriums für Finanzen angewiesen, die Entwicklung in den ersten Monaten  
des Jahres 1965 aufmerksam zu verfolgen, und werde erst nach Vorliegen des  
Ergebnisses in der Lage sein, festzustellen, ob die gewünschte Änderung der  
Reihungsvorschrift erforderlich ist.